

## **Diskussionsbeitrag von Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP auf dem 10. Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien**

**21. - 23. November 2008, Sao Paulo**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ereignisse in der jüngsten Zeit unterstreichen die Herausforderung, wie notwendig die internationale Diskussion unter kommunistischen und Arbeiterparteien ist.

Die internationale Finanzkrise entwickelt sich zu einer Wirtschaftskrise, zu einer wirtschaftlichen Repression und in einigen Ländern zur Staatskrise; die politischen Folgen dieser Krise sind aktuell noch nicht einschätzbar. Es kommt zu umfassenden Veränderungen der Lebensverhältnisse der Völker. Besonders hat trifft es die Entwicklungsländer. Aber zunehmend mehr werden die umfassenden Folgen auch in den industriell hochentwickelten Ländern spürbar. In der Bundesrepublik Deutschland suchen fünf Millionen Menschen Beschäftigung, die offizielle Arbeitslosenrate beträgt drei Millionen. Jedes sechste Kind muss unter den Bedingungen von Armut groß werden. Die Reallohnquote ist in den letzten Jahren kontinuierlich und beständig gesunken, während die Erhöhung der Preise private und öffentliche Haushalte umfassend belasten. In der Gesellschaft grassiert Zukunftsangst.

Die weltweite Finanzkrise wird verschärft durch weitere Krisenerscheinungen, so durch Überproduktion, durch die Auswirkungen der ökologischen Krisen, durch die Auswirkungen einer Nahrungsmittelkrise in der Welt, und die Energiekrise.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir es darüber hinaus mit einer sich entwickelnden Krise der bürgerlichen Demokratie zu tun. Die bisherige parlamentarische Verfasstheit verliert in dieser Form an Akzeptanz in der Bevölkerung. Zwei Drittel der Bevölkerung lehnen wesentliche Entscheidungen der Regierung ab und empfinden die Verhältnisse als ungerecht. Mehr als 50 Prozent befinden die Idee des Sozialismus für gut, sehen jedoch keine realistische Möglichkeit zur Durchsetzung dieser Gesellschaftsordnung. Zunehmend mehr Menschen beteiligen sich nicht mehr an Wahlen oder verlassen die etablierten Parteien.

Die Sozialdemokratische Partei hat seit 1990 fast 500.000 Mitglieder verloren und damit ihre Mitgliederzahl halbiert. Die konservative Partei CDU hat 40 Prozent ihrer Mitglieder, ca. 360.000, verloren. Bei Wahlen zu regionalen Parlamenten verlieren die Parteien der Großen Koalition (CDU/SPD) Stimmen. Diese Situation begünstigt auch rechtspopulistische und faschistische Kräfte, die an Akzeptanz gewinnen und in der Regel auch bei Wahlen günstiger abschneiden.

Zugleich entstehen Chancen für linke Politik.

1. Die linksreformistische Partei DIE LINKE erreicht zurzeit bei Wahlprognosen 12 Prozent der Stimmen. Sie ist in Teilen Ostdeutschlands, auf den Gebiet der ehemaligen DDR, stärkste Partei. Ihr politisches Konzept ist die Transformation zu einem bürgerlichen Gesellschaftsmodell, das mehr soziale und demokratische Leistungen und Rechte garantiert. Sie ist parlamentarische Opposition. Dort, wo sie – wie in Berlin – in Landesregierungen Partner der SPD ist, vollzieht sie neoliberale Politik.
2. Es entwickelt sich eine außerparlamentarische Opposition, die in verschiedenen Politikbereichen engagiert wirkt.

Positiv wirken auch bei uns die politischen Veränderungen in Lateinamerika. Das sozialistische Kuba, Venezuela, Bolivien, Nicaragua und andere Länder vermitteln Anstöße in Europa und Deutschland für eine Diskussion über ein gesellschaftliches Zukunftsprojekt und zu Sozialismusvorstellungen.

Auch in den USA deuten sich Veränderungen an. Das Wahlergebnis für Barack Obama bei den Präsidentschaftswahlen und die Wahlen in den USA überhaupt zeigen vor allem, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr einverstanden ist mit der Politik der Herrschenden und Veränderungen fordert. Ob sich diese Wünsche umsetzen lassen werden, wird schon bald die nächste Zeit zeigen. Wie sich dann die Widersprüche entwickeln – ob sie zu einem zunehmenden außerparlamentarischen Kampf führen werden, zum Beispiel zur Beendigung der Kriegspolitik der USA und zur Veränderung der demokratischen und sozialen Verfasstheit der USA führt – werden wir erleben.

Auf jeden Fall ist diese Zeit voller neuer Herausforderungen. Das zeigt sich auch an der Entwicklung der Europäischen Union. Der neoliberalen Verfassung haben zunächst die Bevölkerungen der Niederlande und Frankreichs widersprochen. Jetzt kam des „No“ der irischen Bevölkerung. Damit ist nach dem Selbstverständnis der EU der Verfassungsentwurf gescheitert. Die Europäische Union ist in einer Krise. Im Juni 2009 werden EU-Parlamentswahlen stattfinden. Die DKP wird in jedem Falle in diesen Wahlkampf mit eigenständigen politischen Positionen eingreifen. Wir fordern eine grundsätzlich andere Europäische Union, in der alle europäischen Länder Mitglied sein können, die sich neu gründet, die eine Politik des Friedens, weitgehender sozialer und demokratischer Rechte und der Ablehnung jeder Form des Nationalismus, der Ausländerfeindlichkeit und von Neofaschismus zum Inhalt haben muss. Wir formulieren auch, dass letztendlich ein sozialistisches Europa unser Ziel ist. Dazu wollen wir, in einem der ökonomisch und politisch stärksten Mitgliedsländer in der EU, unseren Beitrag leisten.

Die DKP hat auf ihrem 17. Parteitag ein neues Programm beschlossen. Der 18. Parteitag im Februar 2008 hat Arbeitsvorhaben für die nächsten Jahre und Grundsätze zur internationalen Tätigkeit erarbeitet. Dort heißt es: „Die kommunistische und revolutionäre Bewegung ist ohne aktiven proletarischen Internationalismus nicht denkbar. Die DKP lässt sich von der Erfahrung leiten, dass zwischen der Stärkung der internationalen revolutionären Bewegung und der Stärkung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern ein enger Zusammenhang besteht.“ Beschlossen wurde: „Die DKP strebt an, ein Netzwerk zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zu schaffen. Das Netzwerk hätte zunächst die Aufgabe, Entwicklungen in Europa zu analysieren, daraus Schlussfolgerungen für Aktionen und für politisches Handeln abzuleiten und zu organisieren. Nach Möglichkeit sollte auch über gesellschaftspolitische Perspektiven und Alternativen für Europa gearbeitet werden.“ Es bleibt aus unserer Sicht zu prüfen, ob eine solche Konstruktion wie ein Netzwerk bereits jetzt in absehbarer Zeit auch für eine weltweite Zusammenarbeit nützlich ist. Seit fünf Jahren arbeiten kommunistische Parteien aus Luxemburg, den Niederlanden, Belgien und Deutschland zusammen. Wir bereiten jetzt die vierte Konferenz vor, haben gemeinsame politische Inhalte, Plakate, Flugblätter und Stellungnahmen entwickelt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit ist erfolgreich und fruchtbar für die beteiligten Parteien.

Wie könnte unserer Meinung nach ein solches Netzwerk funktionieren?

- ◆ Es müsste geregelt sein, welches politische Selbstverständnis die Mitarbeit ermöglicht. Kriterien dafür könnten sein:
  - Die Gründung der Tätigkeit der jeweiligen Partei auf den wissenschaftlichen Sozialismus. Daraus folgt:
  - Die Orientierung auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt.
  - Politische Strategie und Taktik, die davon ausgeht, dass durch einen revolutionären Bruch in den Macht- und Eigentumsverhältnissen eine sozialistisch-kommunistische Perspektive durchgesetzt werden kann.

- Politische Theorie und Praxis, die vom proletarischen Internationalismus durchdrungen ist..
- ◆ Die Tätigkeit könnte auf der Grundlage des Delegationsprinzips organisiert werden. Das heißt, dass jede Partei zum Beispiel eine Delegierte bzw. einen Delegierten benennt, um jährlich stattfindend mindestens eine Arbeitssitzung durchzuführen. In diesen Treffen sollten sowohl ein politischer Meinungs austausch als auch Absprachen zu gemeinsamen Aktivitäten und Aktionen sowie gegenseitige Information stattfinden.
- ◆ Prinzip zur Regelung der Zusammenarbeit muss die völlige Gleichberechtigung aller Parteien sein. Das Selbstverständnis verlangt eine Anerkennung und Akzeptanz der Politik und Organisation der jeweiligen Mitgliedsparteien. Der Verzicht auf Einmischung in die Tätigkeit anderer Parteien.
- ◆ Je nach Entwicklung dieses Netzwerkes könnten später auch gemeinsame Seminare, Publikationen, parallele Aktionen sowie gemeinsame Formulierungen zu aktuellen Herausforderungen hinzu kommen.
- ◆ Bei Bedarf sollten diese Treffen von einem gewählten Arbeitsausschuss vorbereitet werden. Dieses Gremium sollte durch Rotation durch alle Parteien geleitet und vorbereitet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir sollten uns der Herausforderung zur Organisierung neuer internationaler Zusammenarbeit stellen und erste Schritte verabreden, um die Tätigkeit so effektiv wie möglich zu gestalten.

Was könnten politische Vorhaben sein, die wir – ausgehend von dieser Beratung – konkret bearbeiten könnten?

1. Im Jahre 2009 könnte aus Anlass des 50. Jahrestages des Sieges der kubanischen Revolution eine Woche der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba durchgeführt werden. Im Mittelpunkt könnte die Forderung nach der Freilassung der fünf Patrioten aus den US-Gefängnissen stehen. Eine solche, in möglichst vielen Ländern gleichzeitig stattfindende Aktionswoche kann mehr Wirkung erzielen als bisherige weitgehend auf den nationalen Rahmen orientierte Solidarität.
2. Wir schlagen vor, ausgehend von diesem Treffen eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich aus Vertretern aller Parteien, die es wünschen, zusammensetzt, die sich mit der aktuellen Krise des Finanzsystems beschäftigt und daraus Forderungen und Vorschläge für ein zukünftiges Finanzsystem in dieser Welt entwickelt. Eine solche Arbeitsgruppe könnte intensiv mit den Mitteln und Methoden moderner Kommunikation arbeiten und Vorschläge entwickeln, die wir dann als gemeinsames Arbeitsergebnis öffentlich machen können.
3. Wir bitten um Zustimmung, ausgehend von diesem Treffen an der konkreten Umsetzung des Gedankens zur Bildung eines kommunistischen Netzwerkes international zu arbeiten. Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung nächster internationaler Treffen könnte dann bis zum Jahr 2009 einen konkreten Vorschlag erarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten uns für die Einladung und Gastfreundschaft zu diesem Treffen bei der Kommunistischen Partei von Brasilien bedanken. Wir sind sicher, dass die Ergebnisse dieses Treffens für die Tätigkeit der Deutschen Kommunistischen Partei von großer Bedeutung sind.